

Aus der Vorstandssitzung am 3. März 1999

Nach der Protokollbestätigung und der Beschlußkontrolle der letzten Vorstandssitzung wurde zur eigentlichen Tagesordnung übergegangen.

Tätigkeitsbericht der Schlichtungsstelle im Jahr 1998

Herr Dr. Kluge, Vorsitzender der Schlichtungsstelle, führte aus, daß 1998 mehr als 300 Schlichtungsanträge gestellt wurden und im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der eingeleiteten Begutachtungen um 20 % angestiegen ist. Naturgemäß lagen die Fachrichtungen Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie vorn, dicht gefolgt von invasiven Eingriffen im Fachgebiet Innere Medizin. Der 1997 gegründete Sachverständigenrat hat einmal im Quartal getagt und besonders komplizierte bzw. fachübergreifende Fälle bearbeitet.

Finanzen

Der Vorstand befaßte sich mit dem Stand der Haushaltsinanspruchnahme per 31. 1. 1999.

Der Rücklauf der Selbsteinstufungen für den Kammerbeitrag lag bis 28. 2. 1999 bei 42 %. 1457 Kammermitglieder haben bereits bis 31. 1. 1999 ihren Kammerbeitrag entrichtet.

Berufsrecht

Leider mußte sich der Vorstand auch in der 45. Vorstandssitzung wieder mit berufsrechtlichen Angelegenheiten wegen Verstößen gegen die Berufsordnung beschäftigen. Vom Vorsitzenden des Ausschusses Berufsrecht, Herrn Dr. Prokop, wurden neun Anträge zur Erteilung eines Rügeverfahrens vorgetragen, von denen fünf mit der Einleitung eines Rügeverfahrens abgeschlossen werden mußten.

Arzthelferinnenwesen

Der Vorstand hat einer Vorlage des Berufsbildungsausschusses zugestimmt, nach der die Gleichstellung des Berufsabschlusses „Sprechstundenschwester“ mit der Berufsbezeichnung „Arzthelferin“ gegeben ist, wenn ein Nachweis über eine entsprechende zweijährige Tätigkeit gemäß dem Ausbildungsberufsbild der Arzthelferin in einer Arztpraxis ab dem 1. 1. 1991 vorgelegt wird.

Vorbereitung der Kammerwahl 1999

Da der Termin zur Kammerwahl 1999 in greifbare Nähe rückt (Endtermin für die Ausübung des Wahlrechtes 7. 4. 1999), berichtete die Landeswahlleiterin, Frau Dr. Diefenbach, wie in jeder der letzten Vorstandssitzungen, über den Stand der Wahlvorbereitungen, die mit der Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschläge und deren Übersendung an den Landeswahlausschuß termingerecht abgelaufen ist. Aus dem niedergelassenen Bereich haben sich 43 % und aus dem angestellten Bereich 55 % der 155 Kandidaten für die Kammerversammlung aufstellen lassen.

Initiativprogramm Allgemeinmedizin

Wegen seiner Aktualität und Brisanz stand diese Thematik wieder mit auf der Tagesordnung. Nachdem nun die Förderung von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen für zunächst ein Jahr gesichert ist, mußte leider festgestellt werden, daß das Verfahren für die Verteilung der finanziellen Förderung im stationären Bereich leider immer noch nicht geklärt ist und somit eine wichtige Voraussetzung für den Einstieg in das Förderprogramm noch aussteht.

Verschiedenes

– Zur Diskussion stand der Entwurf einer „Patientencharta“, der von einer Arbeitsgruppe der Gesundheitsministerkonferenz erarbeitet wurde. Ziel einer solchen Charta soll die Stärkung der Patientenrechte in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Aus Sicht der ärztlichen Organisationen stellt sich die Frage, ob es zur Stärkung der Patientenrechte einer solchen Charta bedarf, da Deutschland über ein die Rechtsprechung über Jahrzehnte entwickeltes differenziertes Arzthaftungsrecht verfügt, das sich als wesentlicher Patientenschutz darstellt.

Außerdem sind Patientenrechte durch das ärztliche Berufsrecht gesichert.

– Eine von der Verbraucherzentrale Sachsen angestrebte Verbraucherberatung im Bereich Gesundheitsdienstleistungen stand ebenfalls zur Diskussion. Hierbei würde es sich um private Informationsdienste handeln.

Der Vorstand ist der Meinung, daß die Patientenberatung an den Selbstverwaltungskörperschaften angesiedelt werden sollte und dabei vorhandene Strukturen, wie zum Beispiel Schlichtungsstellen und Ausschüsse für Berufsrecht zu nutzen sind.

Dr. med. Claus Vogel
Vorstandsmitglied